

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 27.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingeklagen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserte pro gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Nachst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 6. Juli 1907.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Mühlstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Schneider, Hannover, Mühlstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Heute ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

## Streits oder Aussperrungen

Defekten in Detmold, Herzberg, Dangenberg, Wittenberge, Eisenberg, Hannover, Oggersheim, Sommerfeld und Sauerburg.

An Streits oder Aussperrungen beteiligt sind wir in Fürth, Flensburg, Erfurt, Berlin, Veltin, Ziegel, Pennigsdorf, Bismarck, Sulgau und Kiel.

Bezug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

## Achtung, Statistik!

Auf Beschluß des Vorstandes soll unter den in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen eine Erhebung über die Wohn- und Arbeitsbedingungen veranstaltet werden. Die Fragebogen sind bereits gedruckt und werden den Zahlstellen, in deren Bereich chemische Fabriken sich befinden, auf Bestellung zugesandt werden. Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner werden dringend ersucht, tatkräftig sich dieser Erhebung zu widmen und den Kollegen bei der Ausfüllung der Bogen mit Rat und Tat zur Hand zu gehen, damit die Fragen des Bogens gewissenhaft und wahrheitsgemäß von allen in chemischen Fabriken beschäftigten Verbandskollegen ausgefüllt werden.

Die aus der Verteilung, Ausfüllung und dem Einsammeln der Fragebogen entstehende Arbeit darf nicht gescheut werden. Sie zu verrichten liegt sowohl im Interesse der Organisation, als auch im Interesse der Kollegen. Der Versuch, die statistische Erhebung zu veranlassen, wird getragen von dem Streben, Aufklärung über die Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen zu bekommen, ein Bild zu erhalten, das Auskunft gibt über die Löhne, die Arbeitszeit und die gesundheitsgefährdenden Gefahren, unter denen die Arbeit in chemischen Fabriken verrichtet werden muß.

Wir rechnen darauf, daß alle Verbandskollegen, Verbandsfunktionäre, einschließlich der Gauleiter, uns in diesem Bestreben, nicht über die Lage der chemischen Arbeiter zu verbreiten, unterstützen werden.

Mit kollegialischem Gruß

Der Vorstand.

## Die Ursachen der Landflucht und ihre Beseitigung.

Wie der Landwirt seine Scholle wechselt, wenn er glaubt, dabei ein Geschäft zu machen, wie jeder von der Arbeit lebende Mensch seine Stellung wechselt, wenn er sieht, er verbessert dadurch seine Existenz, so ziehen viele Landarbeiter nach dem Westen, weil ihnen dadurch die Möglichkeit geboten wird, ihre Familie besser zu ernähren. Den Jüngern ist diese Abwanderung ein Dorn im Auge und sie können gar nicht genug über die „Vergnügungssucht“ zetern, die „ihre“ Arbeiter angeblich nach dem Westen treibt.

Neuerdings hat nun ein Pastor Sydow aus Gommern eine Broschüre über den „Arbeitermangel auf dem Lande“ geschrieben, in der er über diesen Punkt folgendes sagt:

„Demgegenüber muß ich doch sagen, daß ich bei unseren Arbeitern, die ich doch durch sehr langes Leben unter ihnen ziemlich genau kenne, wirkliche Vergnügungssucht noch kaum je getroffen habe. Ganz junge Leute zeigen freilich öfter ein Verlangen danach, das tägliche Einerlei der schweren Arbeit gelegentlich durch ein Vergnügen, eine Erholung, unterbrochen zu sehen. Aber ist das denn nicht eine ganz natürliche und gesunde Reaktion von Körper und Geist? Fühlt denn nicht jeder andere Mensch, der des Tages Arbeit getan hat, das Bedürfnis, sich zu zerstreuen und in der Zerstreuung dem Geist Erholung zu gewähren von angestrengtem Denken, oder dem Körper von schwerer Arbeit? Die Arbeit muß mit dem Vergnügen in angemessenem Wechsel geboten werden, wenn der Mensch nicht zum stumpfsinnigen Arbeits- oder Lasttier herabsinken soll. Dies geschieht in jedem anderen Menschen ohne weiteres als berechtigt zu; wenn sich dies durchaus berechtigtes Verlangen jedoch bei dem Arbeiter zeigt, dann gibt es ein großes Geschrei: „Seht doch den vergnügungssüchtigen Menschen!“ Wirkliche Vergnügungssucht findet man bei den Arbeitern fast nie: die drängt sich in ganz anderen Kreisen der Wahrnehmung auf. . . . Darum, weil seine von früh bis spät währende Arbeit Körper und Geist erschöpft, hat er auch ein Recht auf Erholung nicht bloß durch äußere Ruhe, sondern auch durch Abwechslung, durch ein Vergnügen.“ Nach Ansicht des Verfassers wird dieses Recht in der Land-

wirtschaft durch die „einseitig-hochmütigen Anschauungen“ der Junker verkannt.

Soweit hat der Gottesgelahrte unbestreitbar recht. Was er aber zur Beseitigung der Landflucht empfiehlt, beweist, daß er seine Schrift nicht „im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter“, wie er schreibt, sondern lediglich im Interesse der Junkersippe verfaßt hat. Neben dem Verlangen auf Beschränkung der Freizügigkeit stellt er sogar Forderungen auf, die den Landarbeitern unsehbar letzten Endes die frühere Leibeigenschaft wiederbringen würden.

Der Herr Pastor hat herausgefunden, daß bisher noch fast nirgends auf eine Veredelung ländlicher Vergnügungen von Seiten der Arbeitgeber hingewirkt ist. In einem „bewußten oder unbewußten Bildungsdrang“ der Landarbeiter erblickt er den ersten Grund zur Abwanderung, und macht dann, „um dem Bildungsdrang“ der Arbeiter entgegenzukommen, folgende Vorschläge:

1. Gründung und Pflege von guten Volksbüchereien.
2. Gründung und Pflege von Gesangsvereinen.
3. Vorträge über geschichtliche, politische usw. Thematika.
4. Gründung einer billigen Tagespresse.
5. Durchführung von Lichtbildern.

Die Lichtbilder sollen „Bilder aus der Geschichte, Mission, den Nordlandsfahrten des Kaisers, ferner Bilder aus dem Leben Jesu und aus dem Heiligen Lande“ darstellen. Mit anderen Worten: man soll das in der Schule begonnene Verdummungswerk fortsetzen. Die Lehrkräfte sollen Pfaffen, Lehrer und Arbeitgeber sein.

Im letzten Wahlkampf hat man tatsächlich schon überall in dieser Weise gegen uns gearbeitet. Den Landarbeitern waren die Lichtbilder etwas neues und sie besuchten darum derartige Veranstaltungen, in denen natürlich auch gegen die Sozialdemokratie vom Leber gezogen wurde, recht zahlreich. Nur wo wir einen Stamm zuverlässiger Genossen hatten, konnte es manchmal wegen Mangel an Besuch zu keinem Lichtbilder-Vortrag kommen. — Doch egal: Mit solchen Schönheitspflechten und Korruptionsmitteln fängt man die Landarbeiter nicht. Sie können nicht Lasten hinwegzaubern und die Arbeiter über ihre elende, knechtische Lage hinwegtäuschen. So viel sich auch der Herr Pastor von diesen Mitteln verspricht, — nicht diese, sondern der unerhörte Terrorismus der Junker und ihre skrupellosen Wahlfälschungen haben ihnen den Scheinerfolg bei der letzten Wahl gebracht!

Nach Ansicht des Gottesgelahrten ist „unser Arbeiterwelt absolut unreif zur Ausübung eines Rechtes, wie es in der Freizügigkeit gegeben ist“. Darum empfiehlt er, der Freizügigkeit, die übrigens ein ganz natürliches Recht und kein gnädigst gewährtes ist, Schranken zu ziehen, mindestens bezüglich der jungen Leute“. Denn die Abwanderung ist nach seiner Ansicht der Ausdruck einer allgemeinen und meist ganz unbestimmten Unzufriedenheit, die keine Berechtigung hat, weil sie zum Teil erst durch unsere auflärende Arbeit, durch die Idee des Sozialismus geweckt worden ist. Trotzdem muß er zugeben, daß die Arbeiter von den Arbeitgebern „immer noch als unreife Jungen behandelt, bevormundet und gescholten“ und überhaupt nur als Arbeitskraft betrachtet werden, die für sie keinen Wert mehr hat, wenn sie ausgenutzt ist. „Das tritt gelegentlich in herzoglicher Weise den Hinterbliebenen eines verstorbenen Arbeiters gegenüber zutage. . . . Wenn ein Mensch lediglich als Arbeitskraft eingeschätzt wird, so ist das Gefühl der Kränkung bei dem Arbeiter sehr wohl zu verstehen: er fühlt sich in seiner Menschenwürde verletzt, und das mit vollem Recht. Einem Arbeiter, der anders empfinde, würde es an Ehrgefühl fehlen. Wo sich solche Fälle der Kränkung wiederholen oder gar gewohnheitsmäßig wiederkehren, da wirkt dies darauf hin, daß der Arbeiter in die Stadt oder in andere Gegenden zieht, in welchen er vor derartigen Kränkungen sicher zu sein glaubt.“

Nach Ansicht des Pastors läßt sich die Landflucht nur aufhalten, wenn den Landarbeitern das Heimatgefühl gegeben wird. Er empfiehlt also, die Landarbeiter seßhaft zu machen, und schlägt dazu zwei Wege vor, welche beide die gegenwärtig schon erbarmungslos unterdrückten Landarbeiter zu noch rechtloseren Heloten machen würden.

Der eine Weg besteht darin, daß aus den zur Parzellierung kommenden Gütern oder bäuerlichen Grundstücken kleine Wirtschaften für Arbeiter; diese dürfen nicht mehr als 5 Morgen Areal haben, damit ihr Besitzer nicht imstande ist, seine Familie zu ernähren. Der Arbeiter-Besitzer soll dadurch gezwungen werden, bei den Großgrundbesitzern der Umgegend zu arbeiten. Dadurch würde unsehbar wieder die Leibeigenschaft errichtet werden, denn die Arbeiter wären in solchem Falle den Junkern auf Gnade und Ungnade überliefert. Wehe dann dem Arbeiter, der „falsch wählt“; er erhält von den Besitzern keine Arbeit mehr und da seine Scholle ihn nicht ernähren kann, muß er diese im Stich lassen und sehen, wo er mit Weib und Kind bleibt! Nicht ein freier Arbeiterstand

wäre geschaffen, sondern nur noch mehr Elend und Jammer würde über ihn gebracht sein. — Der junkerlichen Willkür wäre Tür und Tor geöffnet. Lange würden sich diese Zustände gar nicht halten können, dann hätten wir ein ländliches Lumpenproletariat, welches durch das „kostenlose ländliche Proletariat geächtet würde und das zu allem fähig wäre.“

Nach dem zweiten Vorschlag soll der Arbeiter nicht sein Eigentum durch Kauf erwerben, sondern er soll es erziehen. Das Land, welches bisher sein Deputatland war, soll, nachdem er 15–20 Jahre auf demselben Gute gearbeitet hat, sein beschränktes Eigentum (!) werden. Damit nicht diese „freien“ Arbeiter sich doch noch der Industrie oder einem Verdienst auf einem fremden Besitz zuwenden, soll er verpflichtet bleiben, eine bestimmte Anzahl von Leuten zur Arbeit zu stellen. Diese Verpflichtung soll eine an dem Grundstück haftende Reallast bleiben. Außerdem soll diese Einrichtung nicht privater Initiative entspringen, sondern gesetzlich geregelt werden.

Der Mann dieser Vorschläge hat es wirklich nicht erst nötig, zu betonen, daß er nicht „in jeder Hinsicht blind die Partei der Arbeiter ergreift“. Reaktionäre und arbeitserfüllendere Vorschläge können kaum gemacht werden. Dabei ist es sonderbar, daß der umstürzlerische Gottesgelahrte — denn eine vollständige Umwälzung der bestehenden Verhältnisse auf dem Lande wäre die Folge seiner Vorschläge — nicht auf das Gute kommt, das doch wie immer so nahe liegt, und statt dessen in den Wolken flücht.

Wir haben häufig genug darauf hingewiesen, worauf die sogenannte Landflucht zurückzuführen ist. Die Landarbeiter sind politisch rechtlos und wirtschaftlich geknechtet. Neben geringem Lohn ist es die menschenunwürdige Behandlung, neben den schlechtesten Wohnungsverhältnissen das schlechte Deputat und die klare Einsicht, daß sie es auf dem Lande doch nicht weiter als bis ins Armenhaus bringen können, welche die Arbeiter in die Industrie treibt.

Selbst die sozialpolitischen Gesetze stellen die Landarbeiter schlechter als die Industriearbeiter. Sie unterliegen vielfach noch garnicht der Krankenversicherungspflicht, die Unfallrente wird nicht nach ihrem tatsächlichen Einkommen, sondern nach dem von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst berechnet, welcher für ganze Kreise festgesetzt wird und bekanntlich immer niedriger als das tatsächliche Einkommen ist; Unfallzuschuß von der 5. bis 13. Woche nach dem Unfall wird garnicht gezahlt; die Invalidenversicherung hat vielfach noch wenig Wert für sie, weil die Arbeitgeber häufig keine Marken kleben, wodurch die Arbeiter ihre Rente verlieren und dennoch keinen Regressanspruch an die Arbeitgeber haben. Die Altersrente wandert gewöhnlich in die Taschen der Arbeitgeber.

Diese Zustände beseitige man, und gebe den Arbeitern ein unumschränktes Koalitions- und Streikrecht, dann wird die Landflucht sicherlich abnehmen. Zustände, unter denen sie nur als lebendes Gutsinventar und nicht als Menschen gelten, müssen sie natürlich von sich abschütteln.

## Aus der Papierindustrie.

### Kardinal v. Kopp als Arbeiterfreund.

Die Zellulosefabrik „Feldmühle“ in Cosel (Oberschlesien) hatte kürzlich „hohen“ Besuch. Der Kardinal Fürstbischof Dr. v. Kopp hat das Mädchenheim der Fabrik besucht, dabei eine Rede des Generaldirektors Dr. Galkstein angehört und selbstverständlich auch seinerseits eine Rede vom Stapel gelassen. Der Herr Generaldirektor sagte unter anderem folgendes:

„Auf weit vorgeschobenen Posten nationaler Kultur und Sitte erhebt sich unsere Aufgabe nicht in der Förderung gewerblicher Interessen, noch auch im Auszahlen der wohlverdienten Entlohnung an unsere Mitarbeiter, sondern weit darüber hinaus erwacht uns die Verpflichtung, das Vertrauen unserer Angestellten zu erwerben und zu erhalten, an ihrer Erziehung mitzuarbeiten und sie in bezug auf wahre Menschlichkeit und Gesittung nach Kräften zu fördern, um ihnen und ihren Nachkommen ein Aufsteigen zu höheren Stellungen zu ermöglichen und zu erleichtern. Wie aber könnte man diesen Zielen besser gerecht werden, als indem man sich des unmündigen Kindes und der heranwachsenden Jungfrau annimmt, der künftigen Gefährtin des Mannes und der Erzieherin eines kommenden Geschlechtes. Aus diesen Gesichtspunkten heraus wurde zuerst, ich gestehe, mit einigem Jagen das Mädchenheim und später die Spielhölle in bescheidenem Maße errichtet und unter die Obhut dieser frommen Schwestern gestellt, und dank der hervorragenden opferwilligen Tatkraft der Schwestern Oberin, und infolge des guten Geistes, den sie von Anbeginn ihren Mitschwestern und Schülern einzuflößen wußte, gedieh das Werk, so daß wir nunmehr gern und freudigen Herzens zu der heutigen Vergrößerung schreiben konnten.“

In heutiger Zeit, wo so vielfach Mißtrauen von außen hineingetragen und geschürt wird, wo ein patriarchalisches und freundschaftliches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Angestellten als überlebt und überwunden bezeichnet wird, wird von weltfremden Schwärmern als einzige Würgung aus dem Bereich sozialer Schwierigkeiten die schrankenlose Freiheit der Vereinigung und des einzelnen bezeichnet. Doch auch bei der heutigen Großengestaltung industrieller Werke soll ein persönliches Verhältnis unter allen Mitgliedern der sich zum Ganzen einander

Gemeinschaft angestrebt, soll trotz aller Aufwendungen das Mißtrauen bekämpft werden, damit der unheilvolle Miß im Vaterlande nicht zum Schaden unseres Volkstums verbreitet und vertieft werde, und jeder einzelne muß wissen, daß seine Vorgesetzten für ihn und die Seinigen ein Herz haben, und daß er fremder Vermittelung wahrlich nicht bedarf, um sein Recht und darüber hinaus menschenfreundliche Teilnahme zu finden."

Der Fürstbischof dankte für die Schaffung solcher Wohlfahrtsanlagen, lobte die in den Worten zutage getretene gute Gesinnung, machte einen Rundgang durch die Fabrik und Vorschläge für die weitere Heranbildung guter Frauen und hielt dann eine Ansprache an die Bewohnerinnen des Mädchenheims. Er ermahnte sie zur Pflichterfülle, Gehorsam und Dankbarkeit gegen ihre Vorgesetzten und gab der Erwartung Ausdruck, daß sie allen äußeren Einflüssen, welche dazu angetan seien, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu stören, kräftigen Widerstand leisten würden.

Wie unheimlich doch die Unternehmer sind! Nur um wahre Menschlichkeit und Gerechtigkeit zu fördern, nimmt sich die Fabrik der unmündigen Kinder und heranwachsenden Jungfrauen an. Menschenliebe veranlaßt die Unternehmer, die heranwachsende Jungfrau und die alternde Proletarierin in zwölftündiger Fron um Gesundheit und Frohsinn zu bringen, und Menschenliebe treibt sie, wenn sie die Kinder der Proletarier in hundeschlecht geleiteten Kinderbewahranstalten zusammenpacken. Die bösen Menschen aber, die „von außen Mißtrauen hereintragen“, behaupten immer, das Profitinteresse sei die Triebfeder zu solch kapitalistischem Wohlfahrtschwandel. Sie sagen: „Weil das Heer von Arbeiterinnen, das so ein Riesenbetrieb zusammenzieht, sonst keine Wohnung hat, gründen die Unternehmer „Mädchenheime“, und weil die Kinderfähr, denen die Mutter entrisfen wird, um im Schoße des Kapitals zu frönen, sonst nicht untergebracht werden kann, deshalb die Kinderbewahranstalten in den Fabriken!“ Eine kurze Betrachtung wird uns lehren, wer recht hat.

Die Zellulosefabrik „Feldmühle“ beschäftigt insgesamt circa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen in drei Papierfabriken und einer Zellulosefabrik, ausschließlich der Beamten und Werkführer. Von den Beschäftigten sind ungefähr 400 weibliche Arbeitskräfte. Diese 1000 Menschen haben im Jahre 1906 einen Rohgewinn von 932 000 Mark erarbeitet. Von diesem Gewinn wurden 357 400 Mark zu Abschreibungen verwendet, 93 000 Mark erhielten Vorstand und Aufsichtsrat an Entlohnungen, und 480 000 Mark erhielten die Aktionäre in Form einer 12prozentigen Dividende auf vier Millionen Mark Aktienkapital.

Die Löhne in den Betrieben der Gesellschaft sind miserabel. Der Lohn der Arbeiter beträgt 600—700 Mark pro Jahr, der Lohn der Arbeiterinnen ist mit 300 Mark eher zu hoch als zu niedrig gegriffen. Nehmen wir die Höhe 700 und 300 Mark als Grundlage einer Berechnung des Gesamtlohnes, so erhalten wir folgendes Resultat:

Es erhalten:  
600 Arbeiter . . . a 700 Mk. = 420 000 Mk.  
400 Arbeiterinnen a 300 „ = 120 000 „  
Gesamtlohnsumme: 540 000 Mk.

Der Rohgewinn beträgt aber 932 000 Mark, ist also um 392 000 Mark höher, wie die gesamte Lohnsumme, d. h. wenn die gesamten Löhne verdoppelt würden, blieben noch 392 000 Mark Rohgewinn übrig. Nachstehende Zusammenstellung wird uns das Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Arbeitswert noch deutlicher zeigen.

Die Arbeiter erhielten an Lohn:  
zusammen 540 000 Mark, pro Kopf im Durchschnitt 540 Mark.

Die Aktionäre erhielten Gewinn:  
zu Dividenden 480 000 Mark, mithin von jedem Arbeiter 480 Mark,  
an Entlohnung u. s. w. 93 000 Mark, mithin von jedem Arbeiter 93 Mark,  
zusammen 573 000 Mark oder von jedem Arbeiter 573 Mark.

In den 357 000 Mark Abschreibungen sind natürlich ebenfalls noch erhebliche Summen, die nicht als Produktionskosten anzusehen sind, sondern diesen Fonds zugeführt werden, wie Löhne für hier aber außer Betracht. Teilen wir nun das Jahr in 300 Arbeitstage, so arbeitet durchschnittlich jeder Beschäftigte in der Zellulosefabrik „Feldmühle“:

für seinen Jahreslohn (540 Mk.) 145 Tage  
für die Dividende der Aktionäre . 130 Tage  
für die Entlohnungen an Aufsichtsräte u. s. w. . . . . 25 Tage  
Sa.: 300 Tage.

Dabei ist dies Bild aber noch zugunsten der Unternehmer gezeichnet, denn der wirkliche Durchschnittslohn der Arbeiter ist niedriger, wie der unsere Berechnung zugrunde gelegt.

Angewandte ökonomische Darlegungen können wir uns kurz fassen. Wenn der Vorstand der Gesellschaft die kapitalistische Produktion in den Händen qualifizierte Arbeiter, so ist dies natürlich, wenn aber der Vorstand und die Arbeiter die so wichtigen Werkzeuge zu Gehorsam und Treue verpflichtet werden, so liegt das mit verhängender Hand, daß dieser Staat der Arbeiter als Diener des Kapitals ist und dem Vorstand der Arbeiter genau so unterworfen ist, wie irgend ein unfähiger Unterbeamter. In den gewöhnlichen Gewerkschaften oder „Arbeitervereinen“ immer noch eine Rolle.

**Zusammenfassung.**  
In der Nummer 24 des „Proletarier“ veröffentlichen wir eine Zusammenfassung der in der letzten Nummer des „Proletarier“ veröffentlichten Artikel, in welcher die Löhne für männliche Arbeiter mit 1,75 Mark und für Arbeiterinnen mit 1 Mark angegeben waren. Die Zusammenfassung, die die Wichtigkeit dieser Zusammenfassung und die Wichtigkeit der Löhne für Arbeiterinnen nicht zu haben, wird von dem Verfasser des Artikels eine Zusammenfassung, die die folgende Seite vertritt:

„Ich sende Ihnen anbei die Originale meiner Auszahlungen. Sie werden daraus ersehen, daß ich einem Fabrikarbeiter, der schon etwas von seiner Maschine, die er bedient, versteht, 1,75 Mark täglich bezahle bei 11 stündiger Arbeitszeit, d. h. von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Vesper. Ein Schmieb, der sehr tüchtiges leistet und auch mit seiner Arbeit sehr zufrieden ist, bekommt 2,50 Mark im Tag. Ein Züchler arbeitet mir für 2,50 Mark im Tag sehr gern, wenn ich ihn brauche. Die Frauen und Mädchen arbeiten sehr gern für 70 Pfennige im Tag. (Die uns überlieferten Lohnlisten der Jahre 1905—07 bestätigen dies. Schriftleitung.) An Leuten fehlt es mir nicht, ich habe noch nie über Leute-mangel zu klagen. Täglich kommen junge, kräftige Leute und fragen, ob sie nicht Arbeit bekommen könnten, da sie gehört haben, die Fabrik werde vergrößert. Meine Leute arbeiten auch während der Sentezeit ununterbrochen.“

1,75 Mark in elfstündiger Arbeitszeit, das macht noch nicht 16 Pfennige pro Stunde für einen erwachsenen Arbeiter und 70 Pf. pro Tag oder 6,4 Pfennige pro Stunde für eine Arbeiterin; das sind die Mittel, die im Jahre des Heils und der hohen Lebensmittelpreise 1907 im Lande der Sozialpolitik und der arbeitervriendlichen Unternehmer an Arbeiter, die — nicht organisiert sind, bezahlt werden.

Das ist kein Ergebnis „tendenzloser“ Statistiken für Aufwiegler, sondern es ist festgestellt aus den Original-Lohnlisten des Unternehmers, und es wird vom Unternehmer nicht nur nicht bestritten, sondern im Gegenteil zweifelnd gegenüber ausdrücklich festgestellt. Der Betrieb, in dem diese „Löhne“ bezahlt werden, ist die Buszbehlen-Kautener Holzstoff- und Papierfabrik von Karl Witt in Rauten.

Merkt's auch, ihr Kollegen und Kolleginnen in den Papierfabriken! So sieht die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer aus, wo sie keine Organisation zu fürchten haben, — denn in jenem Winkel ist noch nichts von Organisation der Arbeiter, namentlich der ungelerten, zu hören. Und wenn die Arbeitgeber wieder einmal von der Ueberflüssigkeit des Verbandes schwächen, dann weist sie hin auf jenen Karl Witt in Rauten, der sich seiner Jammersöhne noch öffentlich brüht und den Unternehmern auf Grund dieser Löhne eine 16prozentige Dividende in Aussicht stellt.

**Arbeitsgeberverband der Papier- und Zellstofffabrikanten.**  
Die deutschen Papier- und Zellstofffabrikanten haben am 19. Juni in Neustadt a. d. Saale einen Arbeitsgeberverband gegründet. Zum Geschäftsführer ist Herr Ditzel, Geschäftsführer des Vereins deutscher Papierfabrikanten, gewählt. Der Verband soll angeblich kein „Werkzeug des Angriffs oder der Unterdrückung“ sein, sondern nur den „unberechtigten“ Forderungen der Arbeiter wirksam entgegenzutreten. Es wurde auch erklärt, daß die Arbeiterverhältnisse in der Papierindustrie noch recht günstig liegen (aber nur für die Unternehmer. D. R.), weil — die Arbeitgeber alles aufbieten, um den berechtigten sozialen Wünschen der Arbeiter nachzukommen.

Wir kennen die Weise, wie fernen den Text, alle Scharfmacherverbände wollen nur „unberechtigten“ Forderungen abwehren, beharren sich aber die Entscheidung vor, was unberechtigt ist, und die Arbeiter machen dann recht bald die Erfahrung, daß alle Forderungen für unberechtigt erklärt werden. Der Arbeitsgeberverband wird auf jeden Fall eine Verschärfung der Kämpfe in der Papierindustrie herbeiführen, und da müssen unsere Kollegen rüsten und unermüdet am Ausbau des Verbandes arbeiten, denn nur wenn wir stark sind, wird der Arbeitsgeberverband unsere Forderungen als berechtigt anerkennen.

### Aus der Zement- und Ziegelfabrikation.

Je mehr Zementfabriken ihre Geschäftsergebnisse für das Jahr 1906 veröffentlichten, desto deutlicher wird die außerordentliche Prosperität, deren sich die Zementindustrie im letzten Jahre erfreute. Nachdem sich für die Gesellschaften, die im Monat März über ihren Geschäftsablaß berichteten, eine Durchschnittsverzinsung von 12,0 gegen 8,4 Prozent auf rund 49 Millionen Mark Aktienkapital ergeben hat, haben im April weitere 10 Zementwerke mit 19,4 Mill. Mark ihre Bilanzen veröffentlicht, die eine durchschnittliche Verzinsung des Aktienkapitals von 10,5 gegen 4,4 Prozent im Vorjahre ausweisen. Bei diesen letzteren Gesellschaften hat also die Rentabilität die vorjährige um weit mehr als das Doppelte überholt, während sie bei den ersteren um circa 40 Prozent höher war.

Und im laufenden Jahre scheint diese günstige Konjunktur anzuhalten, wenn nicht noch zu steigen. So wird aus Oberhiesler berichtet, daß die Produktion für 1907 vollständig ausverkauft ist, ja noch darüber hinaus konnten einzelne Werke zu Preisen, die über die von der Einkaufsvereinigung festgesetzten hinausgehen, Kontrakte abschließen. Auch einzelne Gesellschaften berichten ähnlich. So schreibt die Portland-Zementfabrik „Saronia“ in Oltsch: „Für das begonnene Jahr sind die Aussichten wesentlich besser, da die Produktion zu höheren Preisen ausverkauft ist.“ Dabei hat die Gesellschaft aber für das Vorjahr schon 10 Prozent Dividende bezahlt. Auch im Bericht der Sarnowitzer Portland-Zementfabrik Plam u. Ko., die im Vorjahr 18 Prozent Dividende bezahlte, heißt es:

„Die Aussichten für das laufende Jahr 1907 werden zurzeit als günstig bezeichnet, denn man ist in eingeweihten Kreisen der Ansicht, daß der Zementbedarf noch eine weitere steigende Richtung annehmen wird. Auch die Preise konnten zuzufolge Verständigung der verschiedenen Gruppen untereinander noch etwas aufgehoben werden.“

Wirklich, es ziemt den Herren, über die Begehrtheit der Arbeiter zu jammern, während sie aus eben diesen Arbeitern ungeheure Summen herausziehen, ihren Aktionären 10 und 20 Prozent Dividende zahlen, und obendrein die Preise „noch etwas aufbessern“, weil ihnen diese glänzende Verzinsung ihres Kapitals noch immer nicht genügt. Die Arbeiter aber müssen in glühender Hitze, in mörderischem Staub und Lärm um einen Jammersohn fröhnen, und wenn die einheimischen Arbeiter sich gegen diese maßlose Ausbeutung wehren, so heißt das unheimliche Kapital Ausländer und bekämpft seinen nationalen Sinn, indem es russische, polnische und galizische Lohnbrüder gegen den vorwärts strebenden deutschen Arbeiter auspielt. Man lese nur folgende bewegliche Klage der Bielefelder Handelskammer über den angeblichen Arbeitermangel in der Zementindustrie:

„Die Zementindustrie hatte im Jahre 1906 unter großem Arbeitermangel zu leiden und mußte ständig ihre Löhne erhöhen. Infolge des Arbeitermangels konnte eine große Anzahl Fabriken 1906 ihren Lieferungsverpflichtungen nicht nachkommen und mußte sich einen Teil ihres Kommingents beim Syndikat durch andere Fabriken mitliefern lassen.“

In der Kreise der Zement- und Kalkindustrie wird die Härte der Regierungsvorschriften, daß polnische und galizische Arbeiter in der Industrie zugunsten der Landwirtschaft nicht beschäftigt werden dürfen, als sehr drückend empfunden, da diese Arbeiter früher vielfach in den Betrieben dieser Industrie beschäftigt wurden und sich als sehr brauchbar erwiesen haben.

„Günstige Arbeiter sind nicht genügend zu beschaffen, so daß also bei Produktionsausfall der Fabriken infolge dieser ungerechten Behandlung dem Auslande zugute kommt.“

In betriebliehen Kreisen sieht man gerade der Arbeiterfrage mit großer Sorge entgegen, da man nach dem Beginn der Kamalarbeiten noch weit größeren Arbeitermangel befürchten muß.

Es empfiehlt sich daher dringend, daß das Verbot der Beschäftigung von polnischen und galizischen Arbeitern in der Industrie wieder aufgehoben wird.“

Die Herren künftigen Arbeiter in Jälle haben, wenn sie sich nur dazu bequemen würden, angemessene Löhne zu bezahlen; aber sie verlangen die Hilfe des Staates, weil sie den Arbeitern nichts, aber auch gar nichts von den Riesensummen gönnen, die sie infolge der guten Konjunktur aus ihnen herausgeschwunden haben.

Beiträge entgegen dem Bericht demgegenüber der Bericht der Sarnowitzer Portland-Zementfabrik. Es heißt da:

„Die Zementpreise haben im Laufe dieses Jahres eine weitere Aufbesserung erfahren, die auch bei den Abhängigen, welche bereits für das Jahr 1907 erfolgten, Geltung erhalten hat. Zu dieser Erhöhung nötigte die Steigerung der Produktionskosten. Alle Materialien, wie Eisen, Kohlen, Saßholz, Zuteile, sind während dieses Jahres andauernd teurer geworden und haben jetzt einen Preisstand erreicht, wie seit Jahren nicht. Dazu kommt, daß die Arbeitslöhne, wie nach Inkrafttreten des neuen Lohnsolls vorausgesehen war, ebenfalls gestiegen sind, und man erwarten muß, daß diese Aufwärtsbewegung auch im nächsten Jahre anhalten wird.“

Dieses Bekenntnis ist doppelt wertvoll für uns. Einmal wird dadurch unumwunden zugegeben, daß die gloriose deutsche Zollpolitik dem Arbeiter die Lebenshaltung berartig verteuert hat, daß er unbedingt nach einem Ausguck in Form höherer Löhne streben mußte, und zweitens wird darin die Erwartung ausgesprochen, daß auch im laufenden Jahre eine Erhöhung der Löhne von den Arbeitern gefordert wird. Diese Erwartung ist doch aber zweifellos geboren aus der Ueberzeugung, daß die Löhnerhöhungen des Vorjahres noch nicht genügen, um die durch die Zollpolitik verursachte Verteuerung auszugleichen. Wir wollen hoffen, daß in Zukunft recht viele Unternehmer der Zementindustrie sich zu dieser Auffassung belehren und den Lohnforderungen unserer Kollegen mehr Verständnis wie bisher entgegenbringen.

### Von der Agitation.

Hoch oben im Norden, im meeresumflungenen Schwedens, wo sich die Arme der Ostsee weit ins Land erstreckt, liegen am Strande, von Flensborg über Gravenstein bis Sonderburg, zahlreiche barackenartige Hütten, deren Dächer fast die Erde berühren. Dazwischen erheben sich riesige Schornsteine, spärlichen Rauch in den azurblauen Weither freisend. Es sind die Ziegeleien, die Stätten der Antikultur. Gleich beim Eintritt in die Ziegelei gewahren wir das typische Merkmal kapitalistischer Ausbeutung, die Frauenarbeit. Das Verladen und Tragen der gebrannten Steine wird fast ausschließlich von Frauen besorgt. Obwohl diese Arbeit für den weiblichen Organismus sehr anstrengend und schädigend ist, so geht es doch rastlos hin und her, kaum daß sie sich soviel Zeit nehmen, um hin und wieder nach ihren Säuglingen zu sehen, die sie in einem Korbe oder Wagen in irgend einer Ecke der Trockenhalle untergebracht haben. Gilt es doch den geringen Verdienst ihrer Männer zu ergänzen. Einige Schritte weiter begegnen wir einigen jungen Arbeitern, die auf Handbären die gebrannten Steine in die Trockengerüste bringen. In atemloser Eile bewegen sie sich in beständigem Trab-Tempo, damit an der Presse keine Stodung eintritt. Die Ofenarbeiter, über und über mit Schweiß und Staub bedeckt, in tropischer Ofenhitze und dichten Staubwolken eingehüllt, sind eifrig daran, die getrockneten Steine ein- und die gebrannten auszufahren. Ueberall ein fieberhaftes Hasten und Jagen, als gäbe es Tausende zu erwerben, während es in Wirklichkeit nur einige Pfennige sind. 12—18 Mark pro Woche, das ist der Preis der 11—12stündigen tätigen Tortur. Wohin wir auch unsere Schritte lenken, überall finden wir die gleichen elenden Zustände, aber auch die gleiche Interessenslosigkeit und Gleichgültigkeit, mit der die Ziegeleiarbeiter ihrem Geschick gegenüber stehen.

Um nun auch hier diese Zustände einer Besserung entgegenzuführen, sah sich der Agitationsleiter der Ziegler veranlaßt, eine kleine Agitationstour vorzunehmen. Die Tour begann am 2. und endete am 9. Juni. Versammlungen waren arrangiert in Hirschfeld, Schmöel, Anor und Flensborg. Wohl war der Besuch und Erfolg der Versammlungen nicht so wie er sein sollte, doch können wir vorerst damit zufrieden sein, denn aller Anfang ist schwer, und das besonders bei den Ziegeleiarbeitern. Sache der dortigen Kollegen aber wird es sein, unablässig zu arbeiten, das Angefangene auszubauen und zu Ende zu führen. Wohl ist der Boden dort hart und steinig, gar manches Samenorn wird verloren gehen, doch wird es bei einiger Energie und Ausdauer wohl gelingen, den Boden urbar zu machen. Dann wird auch die Saat üppig in die Halme schießen und reiche Erträge tragen.

### Aus der chemischen Industrie.

#### Die chemischen Arbeiter als Stimmvieh.

Die Ludwigschafener „liberale“ Zeitung „Mundschau“ brachte dieser Tage die Zuschrift eines liberalen Anilinarbeiters und Landtagswählers. Dieser gute Mann stellt sich uns als alter und zuverlässiger Arbeiter vor und ruft pathetisch aus: „Ich bin gut bezahlt, was will ich mehr?“ Wer aber glaubt, in der Anilinfabrik endlich einen Arbeiter gefunden zu haben, der zufrieden ist, hat sich gewaltig getäuscht. Der „liberale“ Arbeiter gehört nämlich zu denen, die neben den schönen Phrasen von der liberalen Arbeiterfreundlichkeit auch entsprechende Taten sehen wollen. Ueber die Ursache seines Schreibens äußert er sich folgendermaßen: „Den Anstoß dazu gab mir Ihr Artikel über die bayerischen Landtagswahlen, in dem es als Pflicht des Liberalismus betrachtet wird, auch für den kleinen Mann zu sorgen. Ich hätte nun auch etwas auf dem Herzen und möchte Ihnen einen Weg zeigen, wie man eine große Zahl Wähler dem Liberalismus erhalten, bzw. neue Anhänger gewinnen könnte, allerdings nicht durch schöne Artikel oder Reden, sondern durch praktische Arbeit. Wenn ich nämlich lese, daß in anderen Geschäften, wie bei Sulzer, Maschin u. s. w., die Leute nach einer gewissen Zeit Anspruch auf Urlaub haben, während bei uns noch nicht mal bei 30 und noch mehr Dienstjahren der Arbeiter einen Tag Urlaub erhält, dann werde ich etwas unzufrieden. Es ist auch viel besser, die Fabrik gewährt heute etwas aus freien Stücken, was sie infolge eines Streikes oder infolge des Druckes der öffentlichen Meinung später doch gewähren muß. Jedenfalls werden die gutgefunden Arbeiter, die jetzt den Spott und Hohn der Sozialisten ertragen müssen, um so freudiger ihre Pflicht erfüllen und auch politisch im vaterländischen Sinne sich betätigen, wenn ihre berechtigten Wünsche ein offenes Ohr finden. „Andernfalls werden die Sozialdemokraten nicht ohne Berechtigung von schönen Reden und mangelnden Taten sprechen können!“ — Dem Manne kann leider nicht geholfen werden. Die liberalen Anilinherren schießen sich den Teufel um das Gemeinwohl und Bestammel des liberalen Arbeiters in einem reaktionären Blatte. Nur die Macht der Arbeiterorganisationen wird den Anilingewaltigen das Recht auf Urlaub für die geplagten Aniliner abtrotzen können.

#### Was Unternehmer-Vereinsgenossenschaften für die Unfallversicherung leisten.

Professor Dr. A. Lewin-Berlin hat vor einiger Zeit ein „Allgemeines Belegungsblatt für Giftarbeiter“ in der Deutschen medizinischen Wochenschrift veröffentlicht und empfohlen, dasselbe in größerer Anzahl unter die Arbeiter der chemischen Fabriken zu verteilen, die Giftstoffe herstellen oder die mit solchen arbeiten oder nur mit ihnen in Verbindung kommen. (Wir haben das Blatt in Nr. 13 des „Proletarier“ abgedruckt. D. R.)

Die Sektion Leipzig der Vereinsgenossenschaft der chemischen Industrie lenkte die Aufmerksamkeit des Vorstandes der Vereinsgenossenschaft auf dieses Merkblatt. Der Vorstand hat aber in seiner am 30. April cr. in Wiesbaden abgehaltenen Sitzung sich von der Zweckmäßigkeit der Verteilung dieses Belegungsblattes des Herrn Prof. Dr. Lewin, „der durch seine bekannten Uebertreibungen der sogenannten Giftgefahren mehr schädlich als nützlich wirkt“, nicht überzeugen können. Der Vorstand hielt es schon für genügend, wenn die Unternehmer selbst ihre Arbeiter bei den in Betracht kommenden Arbeiten mündlich auf die betreffenden Gefahren aufmerksam machen. Nun zeigen die Erfahrungen und der häufige Arbeitswechsel in chemischen Betrieben, über die jeder Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten berichten muß, deutlich, daß diese eigenen Verteilungen der Arbeitgeber bisher ganz mangelhaft und ungenügend gewesen sind. Prof. Dr. Lewin war es aber gerade, der besonders nachdrücklich in den letzten Jahren in der Deutschen medizinischen Wochenschrift und in der Berliner klinischen Wochenschrift auf die Wirkung des Dinitrobenzols, des Anthracens u. s. w., aufmerksam gemacht hat und besseren Schutz gegen die schlimmen Folgen der Berührung mit diesen Stoffen für eine ständige Forderung

erklärt hat. Daher die Abneigung der Unternehmer gegen diesen Gehalt.

In derselben Sitzung wurde ein anderer Antrag den Sektionen zum Verzug überwiesen. Derselbe empfiehlt, unfallverletzten Arbeitern, die einer Heilanstalt zur ambulanten Behandlung überwiesen sind, für jeden Tag, an dem sie nicht pünktlich zur Behandlung kommen, einen Abzug der Zulage zu dem Entschädigungsbetrag zu machen, indem in vielen Fällen den verletzten Arbeitern nur wenig an der möglichst schnellen Wiederherstellung ihrer Arbeits- und Erwerbsfähigkeit gelegen ist, und deshalb bei ihnen geringe Neigung besteht, durch guten Willen das von der Berufsgenossenschaft eingeleitete Heilverfahren durch regelmäßiges Erscheinen zur Behandlung zu unterstützen, sondern diese eigenmächtig tagelang unterbrechen. Dabei beträgt der Entschädigungsbetrag für die Unfallverletzten beträchtlich nur einen bescheidenen Bruchteil des Arbeitslohnes. Aber die Behandlung der Patienten in vielen solchen Behandlungs-Anstalten ist oft so, daß allerdings die Arbeiter sich nur zaudernd derselben unterziehen. Man sorge für eine bessere Behandlung der Patienten in diesen Behandlungs-Anstalten, und sie werden sich gewiß stets pünktlich zur Behandlung einstellen.

Das Verhalten der Berufsgenossenschaft zeigt in beiden Fällen, wie sehr eine Befestigung der berufsgenossenschaftlichen Nachhilfe im Interesse der Arbeiter und der Gesamtheit liegt.

### Eine geschlossene Unternehmerorganisation.

Die Einigung im deutschen Kalisyndikat ist nunmehr durch den Beschluß der Geschäftsfahrerversammlung des Syndikats besiegelt worden. Generaldirektor Gröhner und Direktor Schädelkopf erstatteten dort den Geschäftsbericht. Die Aufnahme von „Sollsteden“ und den „Deutschen Kaliverken“ in das Kalisyndikat wurde einstimmig genehmigt. Dem Pensionsfonds für die Beamten des Kalisyndikats wurden auf einstimmigen Beschluß der Geschäftsfahrer für die Jahre 1907 bis 1909 je 10 000 Mk. (welches Erlingeld) zugewendet. In der Prozeßsache Kalisyndikat gegen „Hohensels“ ist ein außergerichtlicher Vergleich zustande gekommen. Hierdurch ist zwischen dem Kalisyndikat und der Gewerkschaft „Hohensels“ eine volle Einigung und eine betriebende Verständigung des Streites für beide Teile erzielt worden. Mit diesen Beschläüssen ist zum ersten Male wieder seit langer Zeit die ganze deutsche Kalindustrie, soweit sie aus fördernden Werken besteht, unter einen Hut gebracht. Durch das „Sollsteden“-Abkommen ist das Kriegselend zwischen dem Syndikat und einem seiner gefährlichsten Außenfeinde begraben worden, und durch die Einigung mit den „Deutschen Kaliverken“ ist ein Konflikt beseitigt worden, der ebenfalls zeitweise einen ersten Charakter anzunehmen drohte. Durch den mit der Gewerkschaft „Hohensels“ getroffenen Vergleich aber wurde, wie kapitalistische Blätter betonen, eine der unangenehmsten Streitfragen, die dem Syndikat seit seiner letzten Erneuerung vom Jahre 1904 her anhafteten. Die Bedingungen des Vergleichs gehen dahin, daß die Prozeßkosten zwischen beiden Teilen gleichmäßig geteilt werden, und daß das Syndikat das von ihm seinerzeit angeforderte Sonderabkommen „Hohensels“-Kalisyndikat nunmehr anerkennt. Nun kann an das Schrauben der Preise gehen, während die Lohnskalen dieser mächtigen Kapitalgruppe noch so zerstückelt und unorganisiert sind, wie möglich. Kein Wunder, wenn sich dann der Profit des Geschäftes so ungleich zwischen Unternehmer und Arbeiter verteilt.

### Die Vereinigung als Profitquelle.

Vom Superphosphatmarkt schreibt ein Kundiger der (katholischen) „Köln. Volksztg.“: „Die verschiedenen Vereinigungen von Herstellern haben wiederum eine Preiserhöhung beschlossen; doch steht der jetzige Verkaufspreis nicht in richtigen Verhältnissen zu den gestiegenen Rohphosphatpreisen. Bei einem Preise von 9 1/2 Pence für die Einheit Kalziumphosphat in der Tonne berechnet sich der Preis der Hersteller für die mittleren Fabrikten auf 35-36 Pfg. das Kilogramm wasserlöslicher Phosphorsäure. Zu verzeichnen ist der im Verhältnis zu den früheren Jahren günstige Marktpreis in dem Gebiete von Hannover-Sachsen. Die Preisstellung wird zum Teil günstig beeinflusst durch die mit ausländischen Fabriken, bezw. Vereinigungen von Herstellern getroffenen Vereinbarungen. Von beteiligter Seite ist zwar das Vorhandensein von Kartellverträgen gelehnet worden; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß solche Verträge bestehen. Auch ist dies von einzelnen Herstellern angegeben worden. In der letzten Zeit sind von zwei verschiedenen Seiten im Rheinland Gründungen von neuen Superphosphatfabriken angebahnt worden. Ein beliebtes Verfahren ist in Süddeutschland im Schwung. Dort stehen sich bei Lieferungen an Konsumvereine sehr oft Hersteller und Händler als Wettbewerber gegenüber, und es kommt vor, daß der Hersteller bei einzelnen Artikeln, z. B. Schiffsaltpapier, welche von der Beaufichtigung durch die Vereinigung ausgeschlossen sind, sehr billige Angebote macht, um dann dafür das Superphosphatgeschäft an sich zu reißen. Aus diesem Grunde wird man es verstehen, wenn viele Händler sich von den Vereinigungen der Hersteller frei zu machen suchen und im Auslande kaufen.“ Nebenbei erhellt aus dem letzten Satze, wie „patriotisch“ die Profitwirtschaft auch deutscher chemischer Unternehmer wirkt. Sie treibt ihre Kunden zum Bezug aus dem Auslande. Doch lohnt sich dies nur für große Posten. Die mittleren und kleineren Besteller bleiben doch dem deutschen chemischen Kapital tributpflichtig. Und weshalb? Weil die Fabrikanten sich nicht unterbieten, sondern in großen Verbänden vereinigt auf gute und feste Preise für ihre Waren halten. Wenn doch die chemischen Arbeiter das Muster ihrer Kapitalisten endlich auch beim Verlaufe ihrer Ware Arbeitskraft nachahmten!

### Kohlenverbrauch der deutschen chemischen Industrie.

Nach folgenden veröffentlichten Ausweisen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ist die deutsche chemische Industrie trotz ihrer verhältnismäßig geringen räumlichen Ausdehnung mit einer der besten Kundinnen der Kohlenzechen. Sie verzehrt zwar nicht so viel schwarze Diamanten wie die Eisenhütten und die Eisenbahnen, die im Verbrauch an der Spitze marschieren. Aber sie rangiert z. B. noch vor der Textilindustrie, der Holzindustrie, den Brauereien usw. Vom gesamten Abfag des Kohlenyndikats hat sie bezogen

Jahr	1903	1904	1905
Prozent	3,91	4,10	3,29

Wenn ihr Anteil am Kohlenverbrauch von 1904 auf 1905 um etwas fiel, so wissen wir, daß dies nicht mit mangelnder Beschäftigung der chemischen Werke zusammenhängt. Diese haben sich vielmehr in derselben Zeit riesig ausgedehnt und vergrößert. Es bleibt also nur die einzige Möglichkeit, daß sie durch bessere technische Einrichtungen und maschinelle Vorrichtungen im Betriebe große und vortheilhafte Kohlenersparnisse erzielten und dabei steigende Gewinne abwerfen. Wenn das so ist, was soll man denn dazu sagen, daß sie ihre Arbeiter so schief und elend bezahlen, wie jemals?

## Genossenschaftliches.

Auf dem vierten Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Düsseldorf kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern bei dem Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts. Der Referent v. Gl. m. bezeichnete die Tarifforderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen als Zunkunftsprogramm, dessen Durchführung zum höheren Ruin der Konsumvereine führen würde, er ermahnte zum Frieden und zur Mäßigung bei Aufstellung der Forderungen und empfahl schließlich folgende Resolution zur Annahme:

Der vierte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt:

Genossenschaftliche Lohn- und Arbeitsstarke können nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt.

Zu eigenen Interessen müssen die Genossenschaften das Streben ihrer Arbeiter und Angestellten zwecks Erreichung solcher sozialwirtschaftlichen Ziele nach Kräften unterstützen und bemüht sein, aus eigener freier Entscheidung die aufgestellten prinzipiellen Forderungen in den genossenschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen.

Der Genossenschaftstag muß es jedoch ablehnen, schon heute solche Forderungen zu realisieren, welche weit über das hinausgehen,

was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchzusetzen vermögen, und durch welche unter den gegebenen Verhältnissen eine große Anzahl genossenschaftlicher Betriebe konkurrenzunfähig gemacht und damit ihnen, sowie zugleich auch den von ihnen beschäftigten Personen die Existenzmöglichkeit geraubt würde.

Bezüglich der Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen erklärt der Genossenschaftstag:

Die eingereichten Tarifforderungen zurzeit allgemein durchzuführen, würde dem Ruin einer großen Zahl von Genossenschaften zur Folge haben. Er behauert deshalb — bei aller Sympathie für die Bestrebungen der Angestellten in dieser Richtung — dennoch den Abschluß von Tarifen auf dieser Basis ablehnen zu müssen und erwartet, daß die Angestellten und Arbeiter aus prinzipiellen, praktischen und moralischen Gründen, in ihrem eigenen Interesse und im allgemeinen Interesse des Fortschritts des Genossenschaftswesens bei ihren Tarifforderungen mehr als dies bisher geschehen, die realen Verhältnisse berücksichtigen.

Der Genossenschaftstag beauftragt die zu diesem Zwecke gebildeten Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in eventuell gewünschte Verhandlungen mit den Vertretern jener Organisationen einzutreten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß

1. die gleiche Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen, 2. die Festlegung der Umsatzhöhe pro Verkaufskraft für die Konsumvereine des Zentralverbandes unannehmbar sind.

Sollten die Gewerkschaften der Lagerhalter und Handlungsgehilfen bei der Fortsetzung der Verhandlungen auf diesen Forderungen beharren, so sind zurzeit die Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gezwungen, die Verhandlungen einzustellen, da alsdann der Abschluß von annehmbaren Tarifverträgen ausichtslos erscheint.

Dr. E. R. (Transportarbeiter) und Umbr. (von der General-Kommission) wenden sich energisch gegen die vorgelegte Resolution. Umbr. betont besonders, daß die Rücksicht auf die Privatindustrie nicht immer vorgehoben werden dürfe, wenn es sich darum handle, durchgreifende Verbesserungen im genossenschaftlichen Arbeitsverhältnis einzuführen; die Genossenschaften müßten vielmehr vorangehen und als Betriebe der Arbeiter Theorie und Praxis miteinander in Einklang bringen. Obwohl sich noch eine Reihe anderer Gewerkschaftsführer gegen die Resolution aussprechen, wird dieselbe gegen drei Stimmen angenommen.

Alman (Bäder) erklärt darauf den so geänderten Tarif als unannehmbar für die Bäder. Müll. (Arbeit) setzt nur noch die Transportarbeiter zu tariflichen Bedingungen.

Im Interesse der Genossenschaften, wie auch im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung ist dieser Ausgang bedauerlich. Wir sind selbstverständlich gleichfalls der Ansicht, daß von den Genossenschaften nichts Unmögliches verlangt werden darf, aber über das, was möglich ist, gehen eben die Meinungen auseinander. Die Genossenschaftler nehmen in der Regel die schlechtest fundierten Vereine als Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Angestellten gegenüber, während die Angestellten bezw. die Gewerkschaftsführer mit Recht darauf hinweisen, daß dann Verbesserungen nur sehr schwer möglich seien, da immer eine Anzahl Vereine vorhanden sind, denen jede Mehrausgabe unüberwindlich scheint. Die Konkurrenz der Privatindustrie trägt überdies durchaus nicht überall die Schuld an der mangelhaften Lebensfähigkeit mancher Konsumvereine, es spielen da häufig andere Momente mit.

Ohne etwa alle Forderungen der beteiligten Arbeiter-Kategorien als sofort durchführbar bezeichnen zu wollen, müssen wir doch erklären, daß einzelne der in der Resolution niedergelegten Grundzüge auch von jedem privaten Durchschnittsunternehmer gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften nach tariflicher Regelung des Arbeitsverhältnisses ausgepielt werden können, und es ist tief bedauerlich, daß die Arbeiter als Arbeitgeber so wenig Einsicht gezeigt haben.

## Streiks und Lohnbewegungen.

— **Wietzheim.** 3 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde, wöchentliche Lohnzahlung und Anerkennung eines Arbeiterausschusses war der Erfolg einer Lohnbewegung in der Zinksteinfabrik von Schumacher hier.

— **Bredlau.** Die Arbeiter in den Döbelwerken hier reichten Forderungen ein. Durch Verhandlungen wurde eine Lohnerhöhung von 2-5 Pf. pro Stunde, Aufbesserung der Altdiäten, Einführung eines 20prozentigen Zuschlages für Ueberstunden und Anerkennung des Arbeiterausschusses erreicht. Die vereinbarten Bedingungen wurden tariflich festgelegt.

— **Düsseldorf.** Erfreuliche Erfolge haben unsere Kollegen in der Holzbearbeitungsfabrik von Gebr. Schöndorf durch die Organisation erzielt. Schon im Vorjahre wurden durch die Zahlstellenleitung Forderungen eingereicht, die auch nach einigen Verhandlungen Abschaffung verschiedener Mißstände und Erhöhung der Löhne zur Folge hatten. Den Abschluß eines Tarifvertrages leitete die Firma aber ab, weil die Organisation nur einen Bruchteil der Arbeiter umfasse. Die Arbeiter nahmen die Zugeständnisse an. Am 1. Mai d. J. unterbreiteten sie aber auf neue der Firma den Wunsch nach Abschluß eines gleichzeitiger Aufbesserung der bestehenden Löhne. Nach zwei Verhandlungen, an dem sowohl der Bevollmächtigte der Zahlstelle, Koll. Stelt, als auch der Gauleiter Witz, teilnahmen, wurde ein auf zwei Jahre gültiger Vertrag abgeschlossen, der unseren Kollegen wesentliche Vorteile bringt.

Mögen nun die Kollegen dafür sorgen, daß das Errungene hochgehalten wird, mögen sie aber auch danach streben, die Arbeiter und Arbeiterinnen in den übrigen Betrieben Düsseldorfs der Organisation zuzuführen. Birta 9-10 000 Kollegen und Kolleginnen sind in den nun zuzählenden Betrieben beschäftigt, da muß es das Bestreben aller Organisierten sein, für unseren Verband größeren Einfluß zu sichern. Jeder muß da mitarbeiten, jeder muß agitieren, dann wird es auch hier vorwärts gehen.

— **Harburg.** Mit Erfolg beendet wurde der Streik bei der Firma Elmendorf u. Co., nachdem es den streikenden Kollegen gelungen war, die Arbeitswilligen trotz der Fürsorge der Polizei zur Arbeit zu bewegen. Bewilligt wurde eine Lohnzulage von 2 1/2 Pf. pro Stunde.

— **Mainz-Opfenheim.** Die Arbeiter in den hiesigen Wein- und Biergärten hatten bis Anfang d. J. von der gewerkschaftlichen Organisation noch recht wenig gehört. Sie wären wahrscheinlich auch noch heute indifferent, wenn nicht die Herren Weinbergbesitzer als unfeindliche Agitatoren tätig gewesen wären. Schon vor zwei Jahren forderten die Winzer eine Lohnerhöhung, wurden aber rundweg abgewiesen. Anfang dieses Jahres erneuerten sie ihr Geheiß und erhielten wiederum eine Abgabe. Jetzt endlich leuchtete es den Arbeitern ein, daß sie andere Seiten aufzusehen mußten, wenn sie ihre miserablen Löhne verbessern wollten. Von unserer Organisation wurde eine Versammlung abgehalten, die eine ganze Anzahl Mitglieder brachte; weitere Anmeldungen folgten. Hierüber waren die Weinbergbesitzer nicht erbaudt und in wüstem Schimpfen, wie: „Rauzer Lumpen, Sozialdemokraten, Menschenfresser usw.“, machte sich ihr Groll Luft. Als ihnen das nichts nützte, schlugen sie den entgegengegesetzten Weg ein. Sie beschickten die Arbeiter mit Kartoffeln, Zigarren und Wein. Die Winzer nahmen die Geschenke und — blieben Mitglieder unseres Verbandes. Darauf gründeten die Herren einen Unternehmerverein und zerdrücken sich die Köpfe, um für ihre Organisation Statuten zu finden, mit denen sie die Organisation der Arbeiter vernichten könnten. Auch erfolgten einige Mahnungen. Die Arbeiter trafen den Bürgermeister als Einigungsamt an, saßen aber bald ein, daß sie damit den Boden zum Gärtner gemacht hatten. Der Herr erklärte nämlich, Vermittlungsversuche erst dann zu machen, wenn die Arbeiter aus dem Verbände ausgestiegen seien. Auf solche Vermittlung verzichteten natürlich die Arbeiter und nahmen den Kampf auf. Eine Anzahl Weinbergbesitzer zog es darauf vor, den schärfsten Standpunkt aufzugeben und sich mit den Arbeitern zu einigen. So kamen mit ca. 20 Bestkern Tarifverträge zustande, und die übrigen Winzer suchten sich andere Arbeit. Die kriegslustigen Unternehmer aber setzen jetzt da, wie die betrübten Lohngerber, denen die Helle weggeschwommen sind.

Erwähnenswert ist noch, daß den Unternehmern, die durch eigene Schuld ihre Arbeiter herausgetrieben hatten, Militär als Ersatz hülfe gestellt war. Eine Leichwerbe an das Ministerium, wie auch an das Divisions-Kommando hatte aber Zurückziehung der Soldaten zur Folge.

Die Arbeiter werden hoffentlich aus diesem Kampfe die Lehre ziehen, daß das Unternehmertum erst dann für Lohnerhöhungen zu haben ist, wenn es dazu gezwungen wird, und sie werden durch Aufbau und Stärkung des Verbandes dafür sorgen, daß sie für die Zukunft gerüstet sind. Dann wird auch der Erfolg eines Kampfes ein noch besserer sein.

— **Neustettin.** In der Zement-Kunfsteinfabrik von Heinkel u. Co. wurde durch Verhandlungen eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde erreicht.

— **Sommerfeld (Saxh).** Vor etwa vier Wochen haben die hiesigen Ziegeleiarbeiter beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten und den Ziegeleibesitzern diesbezügliche Forderungen zu stellen. Trotzdem diese Forderungen sehr bescheiden und in Anbetracht der hiesigen teuren Verhältnisse vollaus gerechtfertigt sind, so war es infolge des prozenthaften Verhaltens der Ziegeleibesitzer doch nicht möglich, eine Einigung herbeizuführen. Die Kollegen und Kolleginnen waren deshalb gezwungen, am 15. Juni ihre Kündigung einzureichen. Sollte das Bemühen der Lohnkommission ohne Erfolg sein, so wird nichts anderes übrig bleiben, als unsere letzte Waffe anzuwenden und am 29. Juni in den Streik zu treten. Zu verlieren haben wir wenig, aber zu gewinnen alles; sind doch die Löhne so niedrig, daß sie tiefer nicht herunter gedrückt werden können. Der Lohn beträgt für männliche Arbeiter 20 bis 23 Pfennig, für Arbeiterinnen 14 bis 16 Pf. pro Stunde, ein Beweis, daß unsere Forderungen wohl berechtigt sind.

Kollegen und Kolleginnen allerorts, bes. aber der Nachbarorte, unterstützt uns in dem uns aufgezwungenen Kampfe, indem ihr der Bezug von Ziegeleiarbeitern streng fern haltet. Dann wird auch der Sieg, den wir uns erkämpfen wollen, nicht ausbleiben. Unser Sieg ist auch euer Sieg.

— **Stadoldendorf.** Durch den Erfolg der Lohnbewegung der Gipsarbeiter dürften wohl alle Kollegen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine starke gewerkschaftliche Organisation unbedingte Notwendigkeit für die Arbeiter ist. Nunmehr ist es bedauerlich, daß es erst eines sechswochenlangen Kampfes bedurfte, um den Unternehmern diese Zugeständnisse abzugewinnen. Wären alle Arbeiter organisiert und alle Betriebe an der Lohnbewegung beteiligt gewesen, so wäre der Kampf in kürzerer Zeit beendet worden. Hoffen wir also, daß die Kollegen, die uns noch fern stehen, das einsehen und recht bald als Kämpfer in die Reihen der Organisierten eintreten. Anerkennung verdient aber vor allem die Ausdauer und Zähigkeit, mit der die beteiligten Kollegen diesen Kampf geführt haben; sogar die Unternehmer haben zugeben müssen, daß die Arbeiter sich eine ungenutzbare Organisation geschaffen haben. Mit verdoppelter Energie müßen wir aber jetzt arbeiten und werden, und der Organisation neue Mitglieder zuführen, neue Bundesgenossen für kommende Kämpfe. Jedes Mitglied muß ein Agitator werden, dann werden in Zukunft die Kämpfe leichter und noch erfolgreicher werden.

— **Woldegk.** Erhöhung des Wochenlohnes von 18,50 auf 15 Mark erreichten die Kollegen in der Ofenfabrik von Spreßhoff hier. Außerdem wurde ein Zuschlag von 10 Prozent für Ueberstunden und 20 Prozent für Sonntags- und Nachtarbeit zugestanden.

— **Auf der Krupp'schen Germania-Werke** wurden am 29. Juni 90 Prozent der Gesamtarbeiter, d. h. 2700 Mann, entlassen, weil seit kurzem 200 Meter wegen Mangelregelung eines Kollegen streikten und Verhandlungen ergebnislos waren. In Anbetracht haben die Textilfabrikanten beschlossen, sämtliche organisierten Arbeiter auszusperrn, weil die mechanischen Weber ihre Kündigung eingereicht haben. Die Aussperrung der Bauarbeiter in Berlin hat insoweit eine Aenderung erfahren, als vom 1. Juli an Arbeitswillige eingestellt werden. Gewerkschaftler sind nur sehr wenig solcher Subjekte da, und die Bauherren werden wohl bald nachgehen müssen.

### Aufruf!

In Berlin und Umgegend tobt gegenwärtig ein Kampf im Baugewerbe. Die Arbeitgeber versuchen, überall Arbeitswillige als Ersatz der Aussperrten sowie Streikenden zu erlangen. Da auch in unseren Reihen durch gewissenlose Agenten versucht wird, arbeitslose Kollegen durch Verprechungen zu bereiten, nach Berlin Arbeit anzunehmen, so halten wir es für unsere Pflicht, alle unsere Kollegen, insbesondere die augenblicklich arbeitslosen, zu warnen und ihnen zurufen: Nehmt keine Arbeit nach Berlin an, niemand lasse sich durch Verprechungen falscher Tatsachen verleiten, nach Berlin zu kommen, sondern erklärt euch solidarisch mit den Kämpfenden. — Ihr Sieg ist euer Sieg.

## Korrespondenzen.

\* **Berlin.** Der Wohlfahrtsrummel in der R. P. G. Am 1. Mai 1907 erschien in dem „Weltblatt“ „Steglicher Anzeiger“ ein von einem Dr. Hans Rothhardt verbrochener Artikel, betitelt: „Die Wohlfahrts-einrichtung der R. P. G.“, welcher folgendermaßen beginnt: „Am die Weihnachtszeit des vergangenen Jahres erschien ein bescheidenes, dünnes Heftchen, unscheinbar und schlicht in seinem Aussehen, aber hundertmal schwerer wiegend durch seinen Inhalt als jene dreieckigen Folianten, welche in unablässigem theoretischem Wemühen die soziale Frage „endgültig“ lösen. Das Heftchen trägt den Titel: „Die Fürsorge-Einrichtungen für die Angehörigen der Neuen Photographischen Gesellschaft, Aktiengesellschaft in Steglitz-Berlin, 1906“ und ist zwar nicht durch den Buchhandel, aber doch jedem erreichbar, der sich warm für die Probleme der sozialen Fürsorge interessiert. Was gibt dem kleinen Büchlein eine so hohe Bedeutung und einen so eminenten Wert? Das ist die soziale Tat in ihrer künftigen Ursprünglichkeit, in ihrem energiegelassen Willen, den Unterdrückten zu helfen, und in ihrem schönen Wollbringen, die sich in diese Blätter eingeschrieben hat!“ Es folgen dann Aufzählung und Beschreibung von neunzehn verschiedenen Wohlfahrts-einrichtungen. Dr. Rothhardt's Artikel schließt mit folgendem blühenden Untertitel: „Wir sehen, der sozialdemokratische Fürsorgezustand, dieses weinliche Phantoms, ist hier beinahe zur Wirklichkeit geworden (Das zur Wirklichkeit gewordene „wesentliche Phantoms“ ist wirklich einzig. D. R.), wenn auch in einem den Sozialisten wenig genehmen Sinne, da sie ja zufriedene Arbeiter gar nicht wollen.“ — Wir können nicht umhin, auch einmal die Kapreite der Medaille zu beleuchten. Der Artikelverfasser Herr Dr. Hans Rothhardt hat wohl nie die Wohlfahrts-einrichtungen der „Neuen Photographischen Gesellschaft“ in Steglitz am eigenen Leibe gespürt. Wenn er als ungelernter Arbeiter das „Glück“ haben sollte, mit 80 bis 85 Mk. Monatsgehalt bei der R. P. G. angestellt zu werden und damit seine Familie ernähren sollte, so würde er die Wohlthaten der Firma bald anders einschätzen. Zahlreiche Arbeiter der R. P. G. müssen nach Feierabend einen harten Weg nachhause gehen und viele Frauen der Arbeiter müssen zu Hause an der Nähmaschine bis spät in die Nacht mitarbeiten, um nur das Notwendigste mit heranzuschaffen zu helfen! Was nützen den arbeitslosen Arbeitern der R. P. G. die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen, als da sind: Lebensversicherungs-Polizen, Sparkassenbücher, Vorfuß- und Unterfüßelkassen, Sommerausflüge, Ferien, Gesangsvereine, Unterhaltungsabende, Sportvereine und Schwimmvereine? Weiß der Herr Doktor nicht, trotzdem er das „bescheidene graue Büchlein“ studiert hat, daß, wer in den Genuss der oben genannten Polize oder Sparkassenausflüge treten will, auf eine 5-10jährige Tätigkeit zurückblicken muß, und auch dann nur unter allen Umständen Verkaufserlöse dieses Gnadengewerkschafts tagelohnig zu werden? Jedemal, wenn die Zeit der sogenannten Ferien herannaht, dann erscheint im R. P. G.-Anzeiger (Zeitung für die Arbeiter des Betriebes) eine Notiz, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß unbedingt die Arbeit der Beurteilung von den Zurückgeliebten mitgemacht werden muß, als bringen die Ferien vielen Arbeitern nur doppelte Anstrengung. Oder meint der Herr Doktor, die Arbeiter können bei ihren niedrigen Löhnen an den Klimabereitungen (Gardon Sportvereine) teil-

nehmen? Oder sollten vielleicht die Arbeiterinnen Geld dafür übrig haben? Weit gefehlt, das Monatsgehalt von 40-50 Mk. bedingt ja geradezu einen freien Mittagstisch, den die Firma so großzügig gewährt. Die Schweinemästerei nennt der Herr Doktor, idealer Wohnung der Freiheit und den ganzen Wohlstandsummel, der sozialdemokratischen Zukunftstaat in die Wirklichkeit umgesetzt. Vom sozialdemokratischen Zukunftstaat versteht der Herr Doktor soviel wie, nun sagen wir, wie der Esel vom Lautenschlager, sonst würde er nicht solchen Unsinn schreiben. Die Firma mag ihre Wohlthaten einschätzen wie sie will, die Arbeiter aber verlangen Recht! anstatt Geschenke, nämlich soviel Verdienst, daß sie sich und ihre Familie anständig ernähren können. Die R. P. G. gibt aber "Wohlthaten" nur, um die Arbeiter von einer Geltendmachung ihrer Rechte abzuhalten, denn die Löhne sind dort niedriger, wie in anderen Betrieben derselben Branche. Das sozialpolitische Verständnis der Direktion spiegelt sich wieder in ihrer Auffassung von den Aufgaben des neugegründeten Arbeiterausschusses, der nur dann zusammenberufen wird, wenn es gilt, neue Wohlthatigkeiten einzuführen, die der Firma wenig oder garnichts kosten. Aber wenn es sich der Arbeiterausschuss erlaubt, Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten, wie jetzt bei dem Schloßertarif, dann werden plötzlich die Sitzungen auf unbestimmte Zeit vertagt. Summa quibus! Jedem das Seine! Die Arbeiterschaft hat diese Behandlung von Seiten der Direktion verdient. Wie oft ist es in den Versammlungen gesagt worden, daß nur eine straffe Organisation hier Abhilfe schaffen kann. Den Mitgliedern des Arbeiterausschusses wird vorgeworfen, sie vertreten die Interessen der Arbeiterschaft nicht schärf genug! Ja, wie kann er denn das? Ohne eine stabile Organisation wird es ihm nie möglich sein, und wenn es trotzdem jemand einfallen sollte, energisch für seine Mitarbeiter einzutreten, so würde er bald mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft machen. Anders wenn hier ein Zusammenhalten der Arbeiter in gewerkschaftlicher Beziehung vorherrscht, da geht das Rausschmeißen nicht so leicht, da könnte die Direktion nicht so mir nichts dir nichts die Sitzungen ausfallen lassen; hier hätte sie dann mit der Gesamtarbeiterschaft zu rechnen. Aber ohne diese Vorbedingung bleibt der Arbeiterausschuss eine Farce, wozu man nach außen glänzen will, genau wie mit dem ganzen Wohlstandsummel. Für auch, Kollegen und Kollegen, kann es nur eine Mahle geben: Hinein in die gewerkschaftlichen Organisationen. Fort mit aller Wohlthatigkeit. Her mit eurem Recht. O. B.

**Verlin.** Bereits vor zwei Jahren wurde von unserer Seite der Versuch gemacht, für die in der Fabrik pharmazeutischer Präparate Dr. Hugo Kemmler, Anhalterstraße, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch Einführung zum Verbands eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Der Unternehmer setzte alle Hebel in Bewegung, den gefährdeten Verband fernzuhalten. Maßnahmen über die Festlegung der dem Verbands bereits beigetragenen Arbeiter erfolgten, Zettelverteilung, welche Einladungen zu Fabrikbesprechungen ausgaben, wurden arretiert, und die Eingänge zu dem Lokal, wo die Besprechungen stattfinden sollten, wurden ängstlich überwacht. Was aber mit diesen Maßnahmen nicht erreicht wurde, sollte das Versprechen einer Lohnzulage zustande bringen. Von den dort beschäftigten jungen Arbeiterinnen und von den älteren Leuten haben leider viele auf den Köder angefallen. Annähernd zwei Jahre sind seitdem ins Land gegangen. Kürzlich wurde nun von uns auf neue den Versuch gemacht, mit den bei Kemmler Beschäftigten eine Zusammenkunft herbeizuführen. Flugs guff man von Seiten der Werkleitung zum alten bewährten System. Proletarier im Stehragen mußten Spalier bilden vom Fabrikhause bis zum Versammlungsort, um dadurch jedermann vom Besuch der Zusammenkunft abzuhalten. Wir glauben, daß Herr Dr. Kemmler Ursache hat, das Eindringen der Organisation zu fürchten, sind doch die Lohn- und Arbeitsbedingungen, ganz zu schweigen von den sanitären und hygienischen Einrichtungen, in seinem Werk veraltet, daß dort noch unendlich viel verbessert werden muß. Wir hoffen auch, daß die im Werk Beschäftigten durch die an den Tag gelegte Furcht des Unternehmers vor dem Verbands der Arbeiter endlich zu der erforderlichen Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation gebracht werden.

**Breslau.** Soziales Elend in der Großstadt. In der Südlänglichen Korkein- und Holzmittelabrik von Fliemer & Söhne in Breslau erleiden die Arbeiter einen Stundenlohn von 21 Pf. Mit diesem Verdienst läßt sich unmöglich in einer Großstadt ein menschenwürdiges Dasein führen. Deshalb wurde einer unserer Verbandskollegen namens seiner Mitarbeiter bei dem Unternehmer vorgetragen. Herr Fliemer legte 1-2 Pf. an Stundenlohn zu, ferner kassierte er nun Lungenentzündung für die Arbeiter im Wäschraum und an der Mühle. Diese hygienische Verbesserung war bei der ungewundenen Beschäftigung gleichfalls eine unbedingte Notwendigkeit. Aber auch die jetzigen Löhne sind mangelhaft, sie stehen in keinem Verhältnis zu dem Profit der Unternehmer in der chemischen Industrie. Nur ein fester Zusammenhalt im Verbands wird den Arbeitern dieser Betriebe menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen.

**Kreuzfeld.** Ein sprechendes Beispiel christlicher Unternehmerrücksichtnahme bildet nachfolgender Brief, den der Besitzer einer hiesigen Zigarrenfabrik, Herr Peter Greiner, an einen Arbeiter richtete:

Herrn  
Nachdem Du mehr Lohn beanspruchst und ich jetzt zu den (höheren Einkauf und Leistung) nicht mehr bezahlen kann, sehe ich mich veranlaßt, die Löhne zu kürzen.  
Es werden ja Arbeiter gesucht und wirst überall unterkommen finden.  
Kreuzf., 15. 6. 07.

**P. Greiner.**  
Der Arbeiter war vier Jahre bei Herrn Greiner beschäftigt bei einem Wochenlohn von zuletzt 14 Mark 50 Pf. bei circa 12 stündiger täglicher Arbeitszeit. Er wurde dann vorzeitig und hat um eine Zulage, da in anderen Betrieben 16 bis 17 Mk. bezahlt werden. Die Antwort war obiger Brief. Es ist doch ein Wunder, daß Herr Peter Greiner vier Jahre lang hat der Arbeiter seinen Profit mehr lassen und jetzt, wo derselbe glaubt, auch einmal an sich denken zu sollen, wo er um Erhöhung seines geradezu wackeren Lohnes nachsicht, wird er - gehindert. Herr Greiner scheint den Arbeitern mit Gewalt die Ueberzeugung beibringen zu wollen, daß sie sich eine starke Organisation schaffen müssen, um ihren Wünschen den gebührenden Nachdruck geben zu können. Hoffentlich gehen die Arbeiter diese Lehre aus dem Vorgehen des Herrn G. mit Nutzen hervor, daß es den Unternehmern für die Zukunft unumgänglich gemacht wird, auf solche bezugene und richtigerweise mit Lohnforderungen zu beunruhigen.

**Planischer Grund.** Verichtigung. In dem Bericht über unsere Lohnforderungen in Nr. 26 des "Proletarier" war es im 2. Absatz, Zeile 4 nicht heißen: Die Gesamtlöhne der Arbeiter, sondern: Gesamtlöhne der Arbeiter sind von 25 auf 30 Pf. erhöht.

## Verksammlungsberichte.

**Sachsenort.** Am 12. Juni fand hier die erste Versammlung unserer Zunftleute statt. Unter dem Vorsitzenden war auch ein Vertreter der hiesigen Gewerkschaft, der sich als Freund der Organisation anbot und erklärte, daß er gegen den Verband nichts einzuwenden habe, es sei ihm nur wichtig, daß die Arbeiter sich organisieren. In diesem Zusammenhang zu diesen Bemerkungen habe aber das Verhalten des Herrn Reichert in der Fabrik. Wichtiges sind die Bemerkungen, die er in Bezug auf die Organisation zum Besten gab, nicht weniger denn organisatorisch und überaus direkt war. Es ist eine unerwartete Tatsache, daß die wichtigsten und wichtigsten Arbeiter ganz zur Organisation kommen, weil sie den Wert ihrer Arbeit, um sehen zu können, was es heißt, die Notwendigkeit des Zusammenhaltens an eigenen empfinden. Das sollte der Arbeiter beachten und seine verschiedenen Reden unterlassen. Doch bei einem Lohn von 1,90-2,00 Mk. pro Tag bei den heutigen Lebensverhältnissen eine menschenwürdige Existenz durchzuführen ist, ist eine so offensichtliche Tatsache, daß es Dörfer im Meer tragen würde, wenn wir es nicht erst noch ausdrücklich nachweisen wollten. Ein sehr ungeschicklicher Arbeiter ist es auch, wenn damit behauptet wird, daß der Arbeiter die Furcht fürchten würde. Er leidet dreht nur doch über seine, die gekörnte über Kopf, nicht den Kopf an.

Andere Kollegen ermahnen wir, ruhig und unbekümmert um Drohungen oder Ermahnungen für ihre Organisation zu werden und zu wirken. Dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

**Wollenstein i. Erzgeb.** Unser Städtchen war in den letzten Wochen in Aufruhr. Jahrelang war es der Arbeiterschaft nicht möglich, irgend eine Verbesserung abzuhalten. Die fortschreitende Entwicklung unserer Organisation brachte nunmehr eine Verenderung zustande. Nach langen Mühen erhielten wir das Schützenhaus zugesagt, der Bier hat trotz vielem Abreden sein Wort auch gehalten.

Die auf den 9. Juni festgesetzte Fabrikarbeiterversammlung erregte nunmehr auch allgemeines Interesse. Besonders die Herren Fabrikanten beschäftigten sich genügend damit. Die einen versuchten durch Versprechungen, die anderen durch Drohungen die Arbeiter von der Versammlung abzuhalten, alle waren sich aber darin einig: wer sich organisieren würde, solle entlassen werden und - sie wollten selbst alle die Versammlung besuchen. Sie hielten auch Wort und erschienen ca. 20 Mann stark in der zahlreich besuchten Versammlung. Zwei von den Herren machten während des Vortrages den Versuch, durch Zwischenrufe ihre Ansicht kundzugeben, wurden aber vom Referenten auf die nachfolgende freie Debatte verwiesen. Sie machten aber von diesem Rechte so gut wie keinen Gebrauch, nur ein Vertreter der Fabrik der Peniger Papierfabrik erklärte, daß der Einberufer mehr als den angegebenen Durchschnittslohn verdiene. In ganz Wollenstein also einer, der mehr verdient - von den Hunderten, die weit unter dem Durchschnittslohn verdienen, sprach er nicht. Andere Redner beteiligten sich trotz Aufforderung nicht, und daher war wohl anzunehmen, daß alle mit der Ausführung des Referenten einverstanden waren, die in den Wunsch ausgingen: die Arbeiter möchten sich organisieren und die anwesenden Fabrikanten sollten ihren Arbeitern beifällig sein in der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, indem sie jedem einen anständigen Lohn und eine vernünftige Arbeitszeit gewähren.

Das, was die Herren in der Versammlung nicht sagen konnten, haben sie an den nächsten Tagen zum Ausdruck gebracht. Zwei Kollegen wurden gemargelt, dazu... der Einberufer der Versammlung. Des weiteren wollten sie die Gründung eines nationalen Arbeitervereins in die Wege leiten.

Mit diesem Verhalten beschäftigte sich eine zweite Versammlung am 23. Juni, die wiederum sehr gut besucht war, in der die Fabrikanten aber gänzlich fehlten. Die Lügenmär des "Wollensteiner Anzeiger", das Verhalten der Unternehmer, sowie die besonderen Verhältnisse in Wollenstein gaben auszuzeichnen und interessanten Beratungsstoff. Ein guter Geist herrscht unter den Kollegen, eine Anzahl hat sich wiederum als Mitglieder anwerben lassen, auch durch Zwangsmaßregeln wird man den Gedanken der Organisation nicht ausstoßen können. Selbst der "Anzeiger" schreibt, daß jeder Arbeiter seines Lohnes wert sei, die Arbeiter ersehen aber aus dem Verhalten der meisten Unternehmer, daß ihnen ein gerechter Anteil am Arbeitslohn vorenthalten wird, also werden sie, wie anderwärts so auch in Wollenstein und Umgebung, ihre Hilfe im Verbands zu suchen haben.

## Eingegangene Schriften.

Aus der guten alten Zeit, und den Anschauungen der Arbeiter über die Lösung der sozialen Frage, weiß uns Eduard Bernstein einige hübsche Beispiele zu erzählen in seinem soeben im Erscheinen begriffenen Werte: "Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung." Aus einer Versammlung an der "einmalen Pappel" im Jahre 1848, in der Arbeiter aller Berufe und Kategorien ihre Forderungen aufstellten, gibt er einige Reden wieder, von denen wir einige der markantesten wiedergeben!

**Baschard, Schreiber:** Nicht für sich, sondern für die Tagelöhner trete er auf. Der Staat habe den Arbeitern Wunden geschlagen, er müsse sie heilen. Er solle billige Wohnungen geben. Ebenso solle er Mühl im großen zum Wiederverkauf im kleinen anschaffen. Die Tagelöhner möchten sich zu einem Proletarierbunde vereinigen. (Es entfiel ein Lärm, die Versammlung bestimmte den Redner, das Wort "Proletarier" zurückzunehmen.) Jeder Bürger, der täglich weniger als einen halben Taler verdiene, gehört dem Bunde an; der Staat gibt den Gliedern dieses Bundes Wohnung für geringen Mietzins (der Redner brauchte wieder das Wort "Proletarier", welches ihm starke Mißbilligung zuzieht). Die Mitglieder dieses Bundes bleiben von jeder direkten oder indirekten Steuer frei.

**Bergmann, Arbeiter:** Ich bin Familienvater von 5 Kindern und mich trifft die Not namentlich deshalb, weil die Droschken alle Pakete in der Stadt von und nach den Eisenbahnen fahren. Wenn ihnen dies verboten würde und wenn festgesetzt würde: daß sie nur Pakete von einer bestimmten Schwere fahren dürften, würden viele Leute Brot bekommen.

**Griff, Helm, Arbeitmann:** Drei Taler geht für Unverheiratete, aber nicht für den Familienvater. Ueberall finden wir auf dem Bau Professionisten. Das dürfte nicht sein! Es muß verboten werden, daß diese als Arbeiter gehen.

**Rehge, Kutsher:** Besteht im Namen sämtlicher Diensthöten eine Eingabe, in der besonders eine Beschwerde über die Verwendung der Soldaten zum Picken, Tragen, überhaupt zum Privatdienste vorkommt ist und bietet seine Beschwerde folglich dem Könige vorzutragen.

**Hermes, Kupfermaler:** Im Namen meiner Kollegen beschwere ich mich, daß die Verleger zu viel im Buchhause anfertigen lassen. Ferner tut uns die Schablonenarbeit großen Schaden. Franke & S. läßt durch Schablonen viel verfertigen und ist dadurch instand, jedesmal billiger Ware zu liefern als wir. Ich trage auf Abschaffung der Schablonen an.

**Rehge, Se. wasser:** Wir gehören zu den gedrücktesten Arbeitern und tragen darauf an, daß die Buchhausearbeiten aufgehört mögen. Ferner sollen die Arbeiter keine Mädchen und nicht mehr als drei Beschäftigte beschäftigen, auch nicht mehr Gemütle, als der innere Raum der Wohnung es gestattet, im Gange halten.

**Steinboß, Poliermeister,** stellt folgende Anträge: 1. Alle Mädchen auf Poliermeisterstellen müssen aufhören zu arbeiten. 2. Die Kaufmänner, die Menschenhände unndig machen, müssen bestraft werden. Wenn man mir einwendet, was sollen die Mädchen zu Hause anfangen, so sage ich: durch die Erhöhung des Lohnes werden ihre Väter in den Stand gesetzt, sie zu ernähren.

Das Bernsteinsche Werk erscheint in drei Teilen. Der erste Teil: "Vom Jahre 1848 bis zum Sozialistengesetz" liegt konzipiert vor und kostet vorläufig 5 Mk., in Leinwandband 6,50 Mk., in Halbfranzband 7,50 Mk. Auch kann derselbe in 17 Lieferungen a 30 Pf. bezogen werden. Bestellungen nehmen entgegen alle Buchhandlungen und Kolporteur.

Sehen ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. in Leipzig ein hochschönes Werk aus der Feder des bekannten Sozialisten Parvus erschienen. Diese Schrift betitelt sich die "Die Sozialpolitik und der Zusammenbruch". Das Werk ist der 2. Teil der vom selben Verfasser und im gleichen Verlag erschienenen Broschüre "Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft", Preis 30 Pf., Leipzig 1907, doch bildet jeder Teil ein abgeschlossenes Ganze. In vorliegendem Werke beleuchtet Parvus den Wahlkampf kritisch und zieht die politischen Konsequenzen der Wahlen bezw. der neuen Zusammenfassung des Reichstages. Vor allem aber unterwirft er die kapitalistische Sozialpolitik und die Zukunft der Kolonien einer eingehenden Prüfung. Preis des Werkes 1 Mk.

Kriegsgebilde Schilderungen mittelalterlicher Kriegsgewalt entnehmen wir dem soeben erschienenen 36. Heft des Werkes "Blut und Eisen", das in anschaulicher Weise eine Darstellung des Krieges und der Kriegsgeschichte in alter und neuer Zeit gibt. Zahlreiche Illustrationen erläutern und bezauberndem den Zeit: aus dem 36. Heft ist erwähnt die Wiebergabe einer Radierung, die die Ermordung Wallensteins darstellt.

Die nachstehenden Landstände schriebten unter dem 28. August 1837 an ihren Landesherren, den Landgrafen Wilhelm V. von Kassel:

"Stets leider noch dem ganzen Lande vor Augen, welcher Gefahr daselbst in dem jüngst abgewandenen Monat April die Ernter und andere landliche Truppen mit Feuer und Schwert, an einem im Deutschen Reich und wohl hievor von den Türlen unerhörtem Beispiel, erbärmlich verderbt, fast alles, in unter ihre

Hand und Gewalt kommen, niedergebaut, den Leuten die Fingern, Nasen und Ohren abgehauen, die Augen ausgehöhelt, Mägel in die Köpfe und Füße geschlagen, heiß Pein, Hinn, Blut und alle hand Unflath durch die Ohren, Nasen und den Mund in den Leib gegossen, etliche durch allerhand Instrumente vielgemartert, viel theils mit Stricken aneinander gekuppelt, ins offene freie Feld an eine Weite gestellt, und mit Büchsen auf sie zu Ziel geschossen, theils mit Pferden geschleift, das Weiberbott ohne Unterschied des Alters, geschlagen und ledigen Standes gehändelt, dabei sie auch der Hochschwangeren und Kindbettrinnen nicht verschont, die Brüste abgehauen, in den Büschen und Hoden, wie die wilden Thiere, in die Kinder gefallen, sie gefesselt, geschleift und in den Packen gebraten, Kirchen und Schulen zu Kloaken gemacht, viel ablige Wohnungen, Städte, Fleden und Dörfer - und darunter auch das heilige Kleinod dieses Kaiserthums, das Salzwerk bei Mendorf in Soden - angezündet und verbrannt, mehrere andere und dergleichen barbarische Verübungen, so in die Feder nicht alle zu fassen, jetzt zu geschweigen."

Das Werk "Blut und Eisen" erscheint in 50 Lieferungen a 20 Pfennig, 24 Heller, 30 Centimes, und kann durch jede Buchhandlung und von allen Kolporteur bezogen werden. Auf Verlangen sendet der Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Probehefte gratis und franko.

## Verbandsnachrichten.

Vom 25. Juni ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Bad Dürkheim 182,-, Pöhlentel 160,-, Stettin 45,-, Mannheim 700,-, Londern 70,50, Saargemünd 9,45, Nauma - 50, Nürnberg 800,-, Bernburg 400,-, Oberschlema 108,08, Pommerensdorf 800,-, Hildesheim 200,-, Beer i. Dffr. 50,-, Gorch 31,60, Staatsanwalt, Proletarier 2, Quart 07, - 85, Breslau 80,-, Schornberg 65,58, Neubrandenburg 48,18, Biele 22,40, Dübeld 1600,-, Schifferstadt 209,-, Bromberg 100,-, Proletarier durch Vohberg 38,80, Thale a. S. 500,-, Brunsbüttelooog 200,-, Bernburg 105,-, Sommerfeld 5. 12. 19,30.

Schluß: Montag, 1. Juli, mittags 12 Uhr.  
Fr. Brun s, Kassierer.

Da über die Lieferung der Futtermale zu den Mitgliedsbüchern vielfach noch Unklarheit herrscht, machen wir darauf aufmerksam, daß seit 1. Oktober 1906 das Eintrittsgeld 50 Pf. beträgt und dafür Mitgliedsbuch und Futtermal geliefert werden. Wer vor dem 1. Oktober eingetreten ist, also nur 30 Pf. Eintrittsgeld bezahlt hat, erhält kein Futtermal umsonst, hat vielmehr, falls er eins haben will, 10 Pf. dafür zu entrichten.

## An die Bevollmächtigten!

Die Zahlstellen, die ihre Ratender noch nicht bezahlt haben, werden hiermit aufgefordert, das Geld umgehend einzusenden. Zahlstellen, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden in einer der nächsten Nummern des "Proletarier" veröffentlicht.

**Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:**  
Kathenow. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

**Ausgeschlossen** wurde das Mitglied H. Kruse, geb. am 3. 1. 1879, Buch Nr. 147 387, wegen Verstoß gegen § 7 Abs. 9 des Statuts, auf Antrag der Zahlstelle Hamburg.

## Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

**Strehl (Gau 3).** Fr. Salische, Weberstraße 48.  
**Strehl (Gau 2).** H. Schubert, Lindenstraße 1.  
**Kothenburg (Lander).** Frig. Strube, Neuhäuserstraße.  
**Köln u. Umg.** Geschäftsleiter: Joh. Hartleb, Wollhaus, Severinstraße 199, II., Jim. 16.  
**Göppingen.** Joh. Hugel, Obere Marktstr. 44.  
**Schwern.** Gustav Schwarz, Weberstraße 14.  
**Kolberg.** Friedrich Klann, Marienstraße 34.

## Briefkasten.

**W., Witona.** Bericht unwichtig, überdies nicht mit dem Stempel versehen. Daß Gauleiter nicht belegiert werden dürfen, hat noch kein Verbandsstag beschloffen.

**R.-Dresden.** Angenommen, muß aber einige Zeit warten. Gruß!

**H. J., Breslau.** Wir werden doch für die H. D.-Mädchen keine unnötige Plakate machen.

## Insertate.

### Zahlstelle Bitterfeld.

Sonntag, den 14. Juli, vorm. von 9 Uhr bis mittags 1 Uhr:

### Stichwahl zum

### Internationalen Arbeiter-Kongress

Wahllokal: Restaurant "Hohenzollern".  
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend Pflicht.  
Die Bevollmächtigten.  
1,65 Mk.

### Zahlstelle Bremen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

### Franz Wittenborn

verstorben ist.  
Somit ist Sterbemarke Nr. 4 fällig. Die Ortsverwaltung.  
1,05 Mk.

### Zahlstelle Neumünster.

Sonntag, den 7. Juli 1907, nachmittags 3 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

bei Burg, Plönerstraße 7.  
Tagesordnung: 1. Aufnahmen. 2. Parteibericht. 3. Vortrag (Referent von auswärts). 4. Verabschiedung.  
NB. Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Stichwahl zwischen den Kollegen Berger und Wiesenbütter am Sonntag, den 14. Juli, bei Burg, Plönerstraße, stattfindet. Die Mitgliedsbücher sind zur Wahl mitzubringen.  
1,80 Mk.

### Zahlstelle Dranienburg.

Dienstag, den 16. Juli 1907, abends 8 Uhr:

### Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Heider, Mühlentstr. 8.  
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.  
Die Bevollmächtigten.  
1,20 Mk.

### Zahlstelle Sonneberg u. Umgegend.

Montag, den 8. Juli 1907, abends 7 1/2 Uhr,  
im Saale der Frau M. Schubert:

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
Beschlusseckung über Einführung eines Sozialbeitrages.  
Referent: Kollege Kauring, Dresden.  
Sollfähiges Erscheinen unbedingt notwendig.  
1,80 Mk.

### Zahlstelle Ziegel.

Sonnabend, den 13. Juli 1907:

### Stichwahl

in folgenden: 1. Tegel bei Herrn Eschhaar, Berlinerstraße 92.  
2. Waldmannslust: "Schweizerhäuser", Dianastraße.  
3. Reinickendorf: W. Horn, Engel, Gaborstraße 70.  
NB. Die Wahl beginnt um 1/2 12 Uhr, Schluß 10 Uhr.  
1,65 Mk.

Kandidaten sind:  
Robert Wiosenbütter, Stettin, Fritz Berger, Hamburg  
Jede jeder seine Pflicht!

Die Bevollmächtigten.